

Auf einen Blick

Kirchliches Leben in Deutschland

Der Trend der letzten Jahre zu weniger Gottesdienstbesuchen, Kirchaustritten, die Schließung von Pfarreien/Seelsorgestellen sowie die Zusammenlegung von Kirchengemeinden hält bei den beiden großen Kirchen weiter an. Trotzdem haben sich in einigen Bundesländern auch durchaus positive Entwicklungen abgezeichnet.

So kann beispielsweise das Bistum Fulda einen Zuwachs von 242 Pfarreien beziehungsweise Seelsorgestellen (1990) auf 309 im Jahr 2007 verzeichnen. Stark rückläufig hingegen sind die Zahlen in einigen Bistümern in den neuen Bundesländern: In Berlin und Görlitz hat sich die Anzahl der Pfarreien in diesem Zeitraum sogar halbiert. Waren es 1990 in Berlin noch 228, so sank die Anzahl bis 2007 auf 108. Einen ähnlichen Verlauf kann man auch in Görlitz beobachten, nämlich von 57 auf 33. Bei der evangelischen Kirche in Deutschland dagegen gab es – zumindest im Zeitraum von 2002 bis 2006 – keine gravierenden Veränderungen. So sank die Anzahl der Kirchengemeinden insgesamt von 16.356 auf 15.844.

Betrachtet man die Anzahl der Kirchenmitglieder, so kann man bei beiden großen Kirchen einen ähnlichen Verlauf beobachten: 1990 gab es insgesamt 28.252.000 Katholiken in Deutschland, während es 2007 nur noch 25.461.000 (31,0 Prozent der Bevölkerung) waren. Der Rückgang der Zahl der Kirchenmitglieder in der evangelischen Kirche belief sich von 1997 bis 2007 auf insgesamt 2.566.347. 1997 gab es noch 27.398.457 Mitglieder, während zum Jahresende 2007 nur noch 24.832.110 Kirchenmitglieder (30,5 Prozent) verzeichnet werden konnten.

Vergleicht man die Gottesdienstbesuche bei beiden großen Kirchen, so kann man recht unterschiedliche Ent-

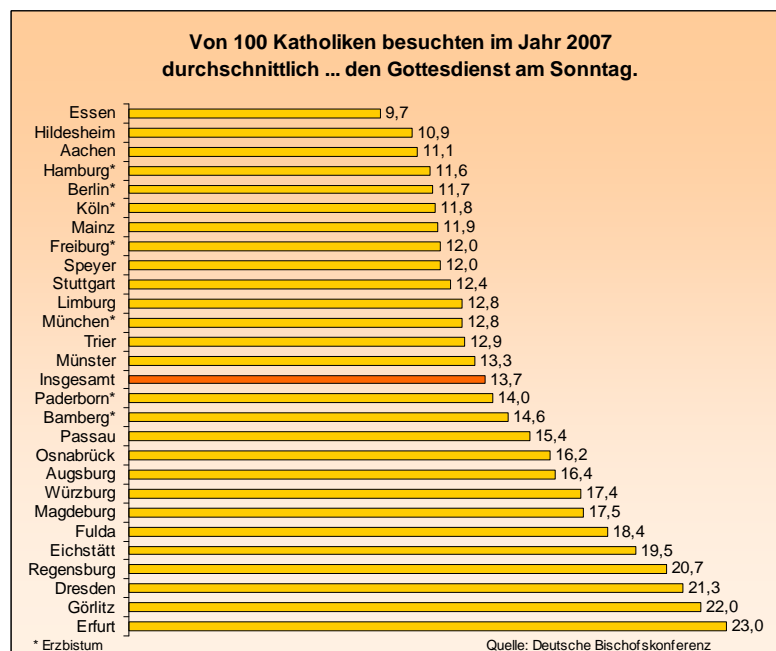
wicklungen in den letzten Jahren erkennen. Die Anzahl der Kirchenbesuche der evangelischen Bevölkerung in den neuen Bundesländern ist im Zeitraum von 1997 bis 2006 gestiegen. Das Bundesland Sachsen hat den größten Zuwachs von 0,9 Prozent zu verzeichnen, dicht gefolgt von Anhalt mit 0,8 Prozent. Anders sieht es in Berlin-Brandenburg/schlesische Oberlausitz aus: Hier gingen die Kirchenbesuche von 7,1 Prozent im Jahr 1997 auf nur noch 3,2 Prozent in 2006 zurück. Betrachtet man die Gottesdienstbesuche der evangelischen Bevölkerung in Deutschland insgesamt, so kann man in diesem Zeitraum

nur einen Rückgang auf allerdings niedrigem Niveau von 4,0 Prozent auf 3,8 Prozent beobachten.

Die katholische Kirche hat im Gegensatz zur evangelischen Kirche massivere Rückgänge bei den Gottesdienstbesuchern zu verzeichnen (vgl. Abbildung). Sehr ausgeprägt ist dies in Bayern. So sank die Zahl der Teilnehmer im

Bistum Regensburg von 34,1 Prozent in 1990 auf nur noch 20,7 Prozent im Jahr 2007. Ähnlich sieht es im Bistum Würzburg aus: Hier ist ein Rückgang in diesem Zeitraum von 29,3 Prozent auf 17,4 Prozent zu verzeichnen. Eine leichte Zunahme an Besuchern gab es im Bistum Magdeburg. Dort stieg die Zahl von 17,2 auf 17,5 Prozent. Insgesamt gesehen gibt es bei den Katholiken im Zeitraum von 1990 bis 2007 eine Reduzierung der Gottesdienstteilnehmer von seinerzeit 21,9 Prozent auf jetzt durchschnittlich nur noch 13,7 Prozent der Kirchenmitglieder.

Der Gottesdienstbesuch gehört nur noch an Weihnachten für die meisten Christen zum jährlichen Ritual. Aber sonst ist der habituelle Gang zur Kirche am Sonntag rückläufig und einer bewussten Entscheidung für oder gegen den Gottesdienstbesuch gewichen – mit entsprechend gestiegenen Anforderungen an die Gestaltung der Feiern.



Religion und Glaube

Die Familie steht an erster Stelle

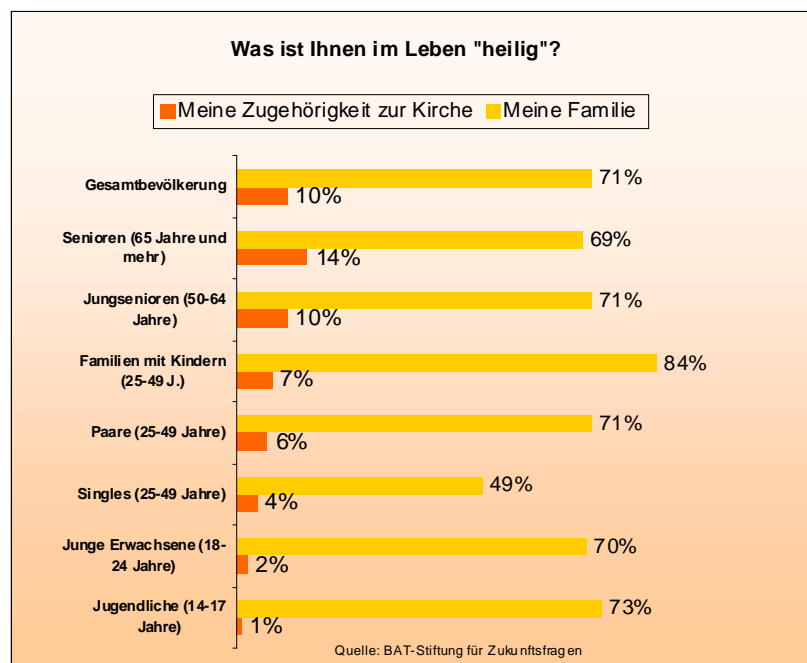
Den Deutschen ist die Familie am Wichtigsten. Für rund 71 Prozent der Deutschen ist die Familie die wichtigste Basis für die Werteentwicklung. Die Zugehörigkeit zur Kirche ist hingegen beinahe bedeutungslos geworden (10 Prozent - Jugendliche: 1 Prozent). Singles stehen mit rund 49 Prozent der Familie etwas kritischer gegenüber, ohne dass die Kirche (4 Prozent) die Bedeutungslosigkeit als Gemeinschaft ausgleichen könnte. Statt der Wiederkehr der Religion gibt es eher eine Renaissance der Familie.

Bei der Frage, was den Deutschen heilig ist, liegt die Kirche (10 Prozent) an letzter Stelle (Abbildung). Wichtiger sind Familie (71 Prozent), Gesundheit (60 Prozent), Kinder (55 Prozent), Partner (52 Prozent), Freunde (49 Prozent) und Eltern (44 Prozent), also Persönliches. Dies geht aus Repräsentativbefragungen der BAT Stiftung für Zukunftsfragen vom Oktober 2008 hervor, in denen jeweils 1.000 Personen ab 14 Jahren in neun Ländern befragt wurden.

Auch im europäischen Religionsvergleich ist Deutschland das Schlusslicht. Nur für knapp ein Viertel der Bundesbürger (24 Prozent) ist die Religion wichtig, um glücklich und zufrieden zu sein. Bei den Italienern ist die Religion doppelt so wichtig (48 Prozent). Mit jeweils rund 31 Prozent folgen Finnland, Großbritannien und Russland. Selbst in den weiteren untersuchten Ländern (Ungarn, Belgien, Frankreich und der Schweiz) ist Religion für mehr Menschen wichtig im Leben (zwischen 28 und 25 Prozent) als in Deutschland.

Gleichzeitig sind aber 93 Prozent der Bevölkerung sehr tolerant gegenüber der Religion: „Jeder soll die Religion haben, die er will“, finden die meisten Deutschen über alle Bildungs- und Altersschichten hinweg. Dieser Beliebigkeit setzen die Deutschen die Beständigkeit im persönlichen Bereich entgegen – die Stabilität der Familie und die dauerhafte Partnerschaft. Was am Ende eines langen Lebens zählt, ist der (vermeintlich) sichere Hort der Familie als Garanten des Glücks und des Lebenssinns.

Der historisch bedingte Unterschied zwischen Ost und West in Fragen der Religion besteht weiterhin: Fast dreimal so hoch ist der Anteil der Westdeutschen (20,5 Prozent - Ostdeutsche: 7,6 Prozent), denen ihr Glaube an Gott heilig ist, und fast doppelt so hoch das Bekenntnis zur Kirche (11,2 Prozent - Ostdeutsche 5,8 Prozent). Nach Bundesländern aufgeteilt, leben die gläubigsten Bürger in Baden-Württemberg (29,0 Prozent), gefolgt von den Bewohnern in Rheinland-Pfalz (27,0 Prozent), Saarland (26,3 Prozent), Hessen (25,5 Prozent) und Bayern (23,5 Prozent). Den geringsten Anteil von Gottesgläubigen verzeichnen hingegen die Bundesländer Schleswig-Holstein (4,3 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (4,0 Prozent) und Sachsen-Anhalt (1,6 Prozent).



Den bekannten Wertewandel im Laufe des Lebens bestätigt auch diese Umfrage: Die Jugend (80 Prozent) richtet ihr Augenmerk auf Konsum und Geld, während die Religion in dieser Lebensphase eher ein Ni-

schendasein (26 Prozent) führt. Mit dem Erreichen der Altersgrenze um 65 ändert sich das Denken. Konsum wird weniger wichtig (58 Prozent), während sich gleichzeitig die Bedeutung der Religion für das Leben mehr als verdoppelt (56 Prozent). Natur, Kultur, Bildung und Religion werden mit Blick auf die alternde Bevölkerung wichtiger. Allerdings zeigt die Umfrage auch, dass hochreligiöse Menschen in besonderem Maße geprägt sind von der Ehrfurcht vor dem Leben und der Natur und die Menschenwürde besonders hoch schätzen. Wer hingegen gott- und religionslos lebt, legt deutlich weniger Wert auf Werte wie Verlässlichkeit, Toleranz und Gerechtigkeit. Das Fehlen von Religion kann das Gemeinschaftsgefühl und das Sozialkapital einer Gesellschaft somit gefährden. Denn die Familie alleine kann die über die Religion erfolgende Wertevermittlung offensichtlich nicht kompensieren und liefert eine andere Art von Sozialkapital und Bindung als Religion und Glauben.

Akzeptanzkrise

Ökonomik und Theologie

Nicht nur mit Blick auf die Kontroversen zwischen Kirchen und Wirtschaft im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die systematische Überwindung der Sprachlosigkeit zwischen Ökonomen und Theologen wünschenswert. Die deutsche Wirtschaftsordnung befindet sich in einer tiefen Akzeptanzkrise.

Die gegenwärtige Systemdiskussion ist ernster als die letzte große Systemdiskussion in den Jahren nach 1968: Während jene auf bestimmte intellektuelle Kreise beschränkt blieb, sind in der aktuellen Debatte breite Kreise der Bevölkerung dabei, der Sozialen Marktwirtschaft das Vertrauen und die Unterstützung zu entziehen.

Es gibt sicher viele Gründe für diese zunehmende Skepsis: vor allem die Finanzmarktkrise, aber auch der verschärfte Wettbewerb mit der Folge eines beschleunigten Strukturwandels und die demografische Entwicklung. Oft übersehen wird jedoch ein anderer, tiefer liegender Grund: Die Erscheinungsweise und die Folgen der globalen Wirtschaft scheinen den moralischen Intuitionen vieler Menschen von Solidarität und Gerechtigkeit diametral zu widersprechen. In der globalen Marktwirtschaft zählen nach ihrer Meinung nur noch Egoismus, rücksichtsloses Shareholder-Value-Streben der Unternehmen und die Gier der Manager, besonders der Banker. Die Menschen leben zwar in und von der Marktwirtschaft. Da sie aber den moralischen Sinn von Markt, Wettbewerb und Gewinnstreben nicht einsehen und nicht einsehen können, gehen sie auf Distanz. Nicht wenige leisten sogar Widerstand, und zwar besten Wissens und Gewissens.

Die Wissenschaftler Prof. Dr. Dr. Karl Homann, Dr. Dominik H. Enste und Dr. Oliver Koppel erläutern in der soeben erschienenen RHI-Position Nr. 8 „Ökonomik und Theologie – Der Einfluss christlicher Gebote auf Wirtschaft und Gesellschaft“ des Roman Herzog Instituts (RHI), wie es gelingen kann, die wechselseitigen Vorurteile abzubauen, um den Diskurs zum Vorteil beider Wissenschaften — und der Adressaten wissenschaftlicher Reflexion — zu intensivieren. Doch schon dies verlangt bedeutende Anstrengungen, wenn das Ergebnis nicht

oberflächlich sein und sich in Appellen an den „guten Willen“ erschöpfen soll. Auf der Grundlage der RHI-Position Nr. 8 diskutierten auf dem 3. Salonstreitgespräch des Roman Herzog Instituts am 29. April 2009 in München Theologen und Ökonomen (Abbildung).

Unter der Moderation von Randolf Rodenstock, Vorsitzender des RHI, wurden Lösungen gegen den zunehmenden Akzeptanzverlust des marktwirtschaftlichen Systems und Gemeinsamkeiten und Kontroversen zwischen den beiden Disziplinen erörtert. Die äußerst angeregte Debatte führten Prof. Dr. Dr. Karl Homann, Ludwig-Maximilians-Universität, Erzbischof Prof. Dr. Reinhard Marx, Vorsitzender der Kommission der Deut-



Im Bild: Fetzer, Marx, Rodenstock, Rusche, Homann (von links)

sehen Bischofskonferenz für gesellschaftliche und soziale Fragen, Prof. Dr. Joachim Fetzer, Professor für das Lehrgebiet Wirtschaftsethik an der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt, und Dr. Dr. Thomas Rusche, Geschäftsführender Gesellschafter der SØR Rusche GmbH und Mitbegründer der For-

schungsgruppe Ethik und Wirtschaft im Dialog.

Die Publikation ist beim Roman Herzog Institut (www.romanherzoginstitut.de) kostenlos erhältlich.

Terminankündigung

Wirtschaftsethisches Forum

Am 6. Oktober 2009 veranstaltet das Institut der deutschen Wirtschaft Köln in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie zu Berlin und der Katholischen Akademie in Berlin das XXII Wirtschaftsethische Forum im Automobilforum Berlin der Volkswagen AG. Die diesjährige Veranstaltung steht unter dem Leitthema "Zur Psychologie wirtschaftlicher Entwicklungen". Bei der ganztägigen Veranstaltung werden in drei Foren die verschiedenen Themenbereiche aus wirtschaftspsychologischer und ökonomischer Sicht betrachtet und mit hochrangigen Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Kirchen sowie Medien und Wissenschaft diskutiert.

Weitere Informationen dazu erhalten Sie unter www.wirtschaft-und-ethik.de.

Pflegemarkt

Mehr Jobs trotz Krise

Gut eine halbe Million Menschen arbeiteten 2007 in Deutschland im Pflegesektor und erwirtschafteten rund 25 Milliarden Euro. Bis zum Jahr 2050 könnte sich die Zahl der Beschäftigten verdreifachen und das Marktvolumen auf über 85 Milliarden Euro ansteigen.

Caritas und Diakonie sind schon heute mit jeweils rund einer halben Millionen Beschäftigten die großen Arbeitgeber in Deutschland und haben mehr Mitarbeiter als zum Beispiel Siemens weltweit. Und die Chancen stehen gut, dass die Beschäftigung im Bereich sozialer Dienstleistungen weiterhin deutlich zunehmen wird und auch die kirchlichen Einrichtungen davon profitieren werden – vorausgesetzt sie stellen sich dem schärfer werdenden Wettbewerb und entwickeln neue, innovative und kreative Lösungen zum Beispiel für die Betreuung älterer Menschen.

Trotz der sich verschärfenden Wirtschaftskrise mit 3,5 Millionen arbeitssuchenden Menschen (bis 2011 wird ein Anstieg bis auf 5 Millionen erwartet) gibt es einen Sektor im Gesundheitsbereich, dem aufgrund einer steigenden Nachfrage positive Zukunftsperspektiven prognostiziert werden: die Pflege. Mit seinen rund 810.000 Beschäftigten in freigemeinnützigen und privaten Einrichtungen leistet der Pflegesektor bereits heute einen Beitrag zur Wertschöpfung in Höhe von gut 25 Milliarden Euro. Das sind fast 20 Prozent der Wertschöpfung des gesamten Gesundheitswesens. Bis zum Jahr 2050 werden sich Wertschöpfung und Beschäftigtenzahl fast verdreifachen, sodass bis zu 2,2 Millionen Personen professionelle Pflege leisten könnten. Hauptgrund ist der demografische Wandel: In den nächsten 30 Jahren wird sich die Anzahl der Pflegebedürftigen auf über 4 Millionen verdoppeln.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Sektors wird dadurch in Zukunft noch zunehmen. Dafür gibt es einige Gründe: Die Bevölkerungsstruktur ändert sich dramatisch. Die Zahl der über 60-Jährigen wird bereits bis zum Jahr 2030 um fast 8 Millionen steigen. Jeder dritte Einwohner ist dann älter als 60 Jahre – im Jahr 2005 war es erst jeder vierte. Die besonders häufig auf Hilfe angewiesene Altersgruppe der über 80-Jährigen wird 2050 fast dreimal so groß sein wie 2005.

Gleichzeitig fehlen Angehörige, die die alten Menschen selber pflegen könnten. Zum einen liegt dies an den niedrigen Geburtenraten, zum anderen aber daran, dass es immer mehr Singlehaushalte gibt. Bereits heutzutage werden viele Pflegefälle in Heimen betreut – eine gegenläufige Entwicklung ist nicht zu erkennen. Die Zahl der Pflegeheimplätze könnte sich daher auf bis zu 2 Millionen im Jahr 2050 fast verdreifachen – wenn nicht innovative und den Wünschen der Pflegebedürftigen oftmals besser entsprechende Lösungen gefunden werden. Dafür müsste der Gesetzgeber aber weniger bürokratische Vorgaben und Vorschriften für die Betreuung erlassen und stattdessen die Souveränität der zu Pflegenden und deren Angehörigen stärken – für mehr Vielfalt bei der Betreuung.

Ungünstigere Varianten der Bevölkerungsvorausbeziehung sagen sogar bis zu 4,7 Millionen Pflegefälle voraus. Und darin sind noch nicht jene Personen berücksichtigt, die zwar hilfsbedürftig sind, aber keine Pflegestufe

bekommen. Zudem wurden im Sommer 2008 die Leistungen der Pflegeversicherung für Demenzerkrankte ausgeweitet – diese Änderung ist in den Prognosen noch nicht enthalten. Angesichts solcher Entwicklungen ist professionelle Betreuung immer mehr gefragt (Grafik): Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Pflegesektor wird sich bis 2050 auf bis zu 1,6 Millionen verdreifachen. Geht man von einer jährlichen Produktivitätssteigerung von 0,5 Prozent aus, beispielsweise durch verbesserte Abläufe und modernes Management, könnte es immerhin 1,2 Millionen Pflegejobs geben.

Die zusätzlichen Arbeitskräfte sind nicht zum Nulltarif zu haben: Unterm

Strich könnten die Beiträge zur Pflegeversicherung auf bis zu 5 Prozent klettern. Um einen derartigen Anstieg zu vermeiden, sind neue Wege gefragt, wie ältere Menschen am besten gepflegt werden können. Dies könnte am besten durch Wettbewerb zwischen den Anbietern gelingen – wobei jeder Pflegedienst bestimmte Mindestqualitätsstandards einhalten müsste. Doch an Wettbewerb mangelt es noch: Ein Indiz dafür sind die großen regionalen Preisunterschiede. Bei Pflegeheimen im Rheinland liegt der Tagessatz bei 96 Euro für einen Patienten, während in Sachsen 64 Euro gezahlt werden. Private Heime könnten Alternativen anbieten, sodass die Betroffenen und ihre Angehörigen mehr Wahlmöglichkeiten hätten.

Vgl. iwD – Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Nr. 51 vom 18. Dezember 2008

